

# Regionalpolitik und Infrastruktur

Kathleen Toepel

Das Jahr 2003 stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen der neuen Beitrittsländer auf die Förderung aus den Strukturfonds, damit sie ab 2004 sofort an den Fördermaßnahmen teilnehmen können. Schließlich wurden im Juni 2004 die Strukturfondsprogramme der neuen Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2004 bis 2006 von der Kommission angenommen.

Mit dem dritten Kohäsionsbericht legte die Kommission im Frühjahr 2004 ihre Zukunftsvision für eine europäische Politik zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten vor. Die Bilanz zeigt aktuelle Trends in den Regionen und unterstreicht vor allem die Auswirkungen und den Mehrwert der europäischen Strukturpolitik. Dennoch bestehen in den am stärksten benachteiligten Regionen erhebliche Defizite, für sie sind langfristige Bemühungen erforderlich. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Beitritts der neuen Mitgliedstaaten.

## Strukturfondsprogramme in den neuen Mitgliedstaaten genehmigt

Im Sommer 2003 hatte die Europäische Kommission die Verhandlungen mit den neuen Mitgliedstaaten über ihre Regionalentwicklungsprogramme für die ersten drei Jahre nach dem Beitritt aufgenommen. Im Juli begannen mit den polnischen und tschechischen Verwaltungen die Verhandlungen über die Programmplanung. Die anderen Beitrittsländer folgten bis zum Herbst 2003. Die Verhandlungen konnten bis Ende Dezember planmäßig abgeschlossen werden. Die Beitrittskandidaten legten Entwürfe ihrer Entwicklungspläne und der Einheitlichen Programmplanungsdokumente vor, die von der Kommission analysiert und mit ihr diskutiert wurden. Die Förderung aus den Strukturfonds bietet einerseits die Chance, eine kohärente Strategie zur Regionalentwicklung zu formulieren, andererseits stellt sie die neuen Mitgliedstaaten vor die Herausforderung, die Grundsätze der europäischen Strukturpolitik in ihre bestehende nationale Politik zu integrieren und geeignete Mechanismen zu ihrer Umsetzung zu schaffen.

Um sicherzustellen, dass sie für die Förderung aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds in Betracht kommen, mussten die meisten Beitrittsländer ihre Vorbereitungen in den Verwaltungen deutlich beschleunigen. Angesichts der langsamen Inanspruchnahme der Phare-Mittel und der anderen Heranführungshilfen ISPA und SAPARD,<sup>1</sup> haben die Kommission und die Mitgliedstaaten es für erforderlich erachtet, von den Beitrittsländern feste Zusicherungen bezüglich der Stärkung der Verwaltungsstrukturen, Überwachungs- und Kontrollverfahren zu fordern, die für eine solide und effiziente Verwaltung der Mittel unerlässlich sind. Empfehlungen gab es vor allem in folgenden Bereichen:

---

<sup>1</sup> Mitteilung der Kommission: Zweiter Gesamtbericht über die Heranführungshilfe für das Jahr 2001. KOM (2003) 433. Sowie Jahresbericht über den Einsatz des Besonderen Beitrittsprogramms für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (SAPARD) im Jahr 2002, KOM(2003) 582 und Jahresbericht über den Einsatz des Strukturpolitischen Instruments zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) im Jahr 2002, KOM (2003) 655.

- Rechtsangleichung, insbesondere hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Fertigstellung eines detaillierten Plans für die Umstellungsstrukturen
- Ausarbeitung einer Reihe von gut vorbereiteten Projekten, die schnell umgesetzt werden können
- Errichtung von Überwachungssystemen gemäß den Vorschriften für das Finanzmanagement und Kontrolle.<sup>2</sup>

Angesichts der sehr umfassenden Aufgaben und des sehr knappen Zeitrahmens ist zu erwarten, dass auch nach dem Beitritt im Mai 2004 weitere Anpassungen in der verwaltungstechnischen Umsetzung notwendig sind. Ein vollständig reibungsloses Funktionieren vom ersten Tag an kann trotz unbestrittener Erfolge nicht von vornherein erwartet werden.

Im Juni 2004 hat schließlich die Kommission im Rahmen der europäischen Strukturfonds die Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für jedes der 10 neuen Mitgliedsländer genehmigt. Angesichts der kurzen Förderperiode (2004-2006) wurde vereinbart, strukturelle Fördermaßnahmen auf eine begrenzte Zahl vorrangiger Gebiete und Interventionsfelder zu konzentrieren.

Einschließlich der Mittel aus dem Kohäsionsfonds sehen diese Programme einen Beitrag der EU in Höhe von mehr als 24 Mrd. Euro zwischen 2004 und 2006 vor. Von den rund 15 Mrd. Euro, die durch die Strukturfonds bereitgestellt werden, stammen etwas mehr als 60% aus dem EFRE, ein Viertel aus dem ESF, 12% aus dem EAGFL (Abt. Ausrichtung) und rund 2% aus dem FIAF. Obwohl die Programme erst nach dem effektiven Beitritt bestätigt wurden, können die Mittel bereits seit Januar 2004 in Anspruch genommen werden.

Ungarn, die drei baltischen Staaten, Malta, Polen und Slowenien werden dabei flächendeckend nach Ziel 1 gefördert. Zypern sowie die Hauptstadtregionen Prag in Tschechien und Bratislava in der Slowakei erfüllen die Förderkriterien nach Ziel 1 nicht mehr (über 75% des EU-Durchschnitts beim BIP/Kopf), daher nehmen sie auch Förderung nach Ziel 2 und 3 in Anspruch. Außerdem werden die neuen Mitgliedstaaten an den beiden Gemeinschaftsinitiativen INTERREG und EQUAL teilnehmen.

Mit den Programmen werden Projekte finanziert, die auf die jeweiligen Gegebenheiten und spezifischen Prioritäten der einzelnen Mitgliedstaaten abgestimmt sind. Im Mittelpunkt stehen vor allem Programme zur Entwicklung von Beschäftigung und Humanressourcen und zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Der Anteil von Mitteln, die für Investitionen in die Infrastruktur bestimmt sind, reicht von 19% in Slowenien bis 78% in Zypern. Der Förderung von Innovation und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen widmen sich insbesondere die Programme der drei baltischen Staaten, Tschechien und Slowenien. Ein besonderes Gewicht liegt außerdem in allen neuen Mitgliedstaaten auf der Ausweitung der Verwaltungskapazitäten für die Durchführung der Projekte. Alle neuen Mitgliedstaaten fördern entsprechend des Stellenwerts dieser Sektoren in ihren Ländern in besonderem Maße die Umstrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie sowie der Fischerei und Fischverarbeitung.

---

<sup>2</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Umsetzung der Verpflichtungen, die von den beitretenden Ländern im Rahmen der Beitrittsverhandlungen über Kapitel 21 – Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolitischen Instrumente - eingegangen worden sind. [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docoffic/official/communic/pdf/chap21/com\\_chapter21\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/pdf/chap21/com_chapter21_de.pdf).

Bei dem Zeitraum 2004 bis 2006 handelt es sich um eine Übergangsphase für die neuen Mitgliedstaaten, in der es darum geht, eine Grundlage sowohl für die künftigen Strategien als auch für die Umsetzungsstrukturen im nächsten regulären Programmplanungszeitraum zu schaffen.

### **Dritter Kohäsionsbericht veröffentlicht – Aktuelle Lage und Tendenzen**

Im Februar 2004 hat die Europäische Kommission den Dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt<sup>3</sup> angenommen. Der dritte Bericht zieht eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen und schließt mit Vorschlägen für die Zukunft der Kohäsionspolitik in der erweiterten Union.

In den drei Jahren seit der Veröffentlichung des letzten Kohäsionsberichts<sup>4</sup> hat sich das Wirtschaftswachstum in der EU deutlich verlangsamt. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Regionen nach dem zeitweiligen Rückgang Ende der 90er Jahre wieder angestiegen. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit mit über 20% in den italienischen und deutschen Ziel-1-Regionen, außerdem besonders in Polen. Es ist nach wie vor so, dass Jugendliche und Frauen besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Menschen, die ihre Beschäftigung verlieren, bleiben meist längere Zeit arbeitslos.

Die Disparitäten zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung sind in den letzten 10 Jahren, insbesondere aber seit Mitte der 90er Jahre geringer geworden. Dazu trugen überdurchschnittliche Wachstumsraten in den Kohäsionsländern bei, möglicherweise aufgrund einer Kombination aus umfangreichen Strukturbeihilfen und einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik der jeweiligen Staaten. Trotz dieser Tendenz bestehen nach wie vor große Unterschiede. In Griechenland und Portugal beträgt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nur rund 70% des europäischen Durchschnitts. Seit 1994 hat sich das Pro-Kopf-BIP der Ziel-1-Regionen dem Gemeinschaftsdurchschnitt angenähert. Auch die Zahl der Beschäftigten ist in den Kohäsionsländern (Portugal, Spanien, Griechenland, Irland) seit Mitte der neunziger Jahre deutlich gestiegen, besonders ausgeprägt in Spanien und Irland. In den anderen Ziel-1-Regionen wurde das Wachstum von der schwachen Entwicklung der jeweiligen nationalen Wirtschaft beeinträchtigt. So war das Wachstum des BIP pro Kopf in den neuen Bundesländern etwa genauso hoch wie im Gemeinschaftsdurchschnitt, im italienischen Mezzogiorno dagegen geringer. Ein Aufholprozess kann daher in den letzten Jahren hier nicht beobachtet werden.

Die Problemregionen beschränken sich jedoch nicht nur auf die Regionen mit dem niedrigsten Pro-Kopf-BIP. Die Ursachen dafür sind vielfältig, sie reichen vom Niedergang der traditionellen Industrien und geografischen, entwicklungshemmenden Besonderheiten bis zum Mangel an Innovationskapazitäten. Ihr BIP pro Kopf liegt zwar über 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts, sie weisen aber nur geringe Wachstumsraten des BIP, niedrige Produktivitätssteigerungen und nur einen geringen Beschäftigungszuwachs auf. Dazu gehören beispielsweise Regionen in Nordostengland, verschiedene Teile Deutschlands (z.B. Koblenz, Münster) und Schwedens.

Die Disparitäten in Einkommen und Beschäftigung haben sich mit dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zudem erheblich verschärft. Das durchschnittliche BIP pro Kopf

<sup>3</sup> Europäische Kommission: Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2004.

<sup>4</sup> Europäische Kommission: Einheit Europas, Solidarität der Völker, Vielfalt der Regionen, Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2001.

beträgt in diesen Ländern weniger als die Hälfte des Durchschnitts der alten Union. Es leben etwa zwei Drittel der Menschen in den neuen Mitgliedstaaten in Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als die Hälfte des EU 25-Durchschnitts. Auch innerhalb der neuen Mitgliedstaaten haben die regionalen Unterschiede zugenommen. Das Wachstum konzentriert sich im Wesentlichen auf die Hauptstädte und ihre Umgebung. Gleichzeitig gingen aufgrund der wirtschaftlichen Umstrukturierungen die Beschäftigtenzahlen in den neuen Mitgliedstaaten zurück. Der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt mit etwa 56% deutlich unter dem Durchschnitt der EU 15 (knapp über 64%). In Polen ist sie mit rund 52% am niedrigsten.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Beschäftigung zu schaffen, bedarf es einer angemessenen Infrastrukturausstattung (Verkehr, Telekommunikation, Energie) und einer Erwerbsbevölkerung mit entsprechenden Qualifikationen und Fertigkeiten. Außerdem müssen die Regionen in der Lage sein, Innovationen durchzuführen und vorhandenes Wissen und neue Technologien zu nutzen.

In den letzten zehn Jahren haben sich die Verkehrsverbindungen innerhalb der Kohäsionsländer und zwischen diesen und der übrigen EU deutlich verbessert. Eine weitere Modernisierung des Eisenbahnnetzes hat in der EU stattgefunden, wobei jedoch der Abstand zwischen den Kohäsionsländern und der übrigen Union gleich blieb. In den Beitrittsländern sind jedoch bei allen Verkehrsträgern noch beträchtliche Investitionen erforderlich.

Dies gilt auch für den Bereich der Telekommunikation. Die Zahl der Festnetzanschlüsse im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist in den Kohäsionsländern als auch in den neuen Mitgliedstaaten sehr niedrig, wenngleich es durch eine schnell ansteigende Nutzung von Mobiltelefonen teilweise kompensiert wird. In Bezug auf Breitbandverbindungen und die Entwicklung verschiedener Kommunikationsdienste gibt es innerhalb der EU erhebliche Unterschiede, in denen sich das jeweilige allgemeine Wohlstandsniveau widerspiegelt. Es ist ein deutliches Nord-Süd- sowie West-Ost-Gefälle bei der Verbreitung neuer Technologien zu beobachten. Zwischen den Beitrittsländern bestehen erhebliche Unterschiede im Verbreitungsgrad der Informations- und Kommunikationstechnik. Im Jahr 2002 lag die Zahl der Haushalte mit Internetzugang in Estland (21%) und Slowenien nur wenig unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt (38% sämtlicher Haushalte), in der Slowakei (4%) und Lettland (7%) ist sie jedoch deutlich niedriger.

Hinsichtlich des Umweltschutzes ist vor allem in den neuen Mitgliedsländern der Investitionsbedarf noch beträchtlich. Beispielsweise sind viel weniger Einwohner (nur rund 50%) an Abwasserbehandlungsanlagen angeschlossen. In den nordischen Ländern sind es 80 bis 90 Prozent. Nicht weniger groß ist der Bedarf bei der Abfallentsorgung und dem Emissionsschutz, vor allem angesichts des gestiegenen Verkehrsaufkommens.

Ein hohes Qualifikationsniveau ist für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung. In Spanien, Portugal und Italien ist die relative Anzahl der Personen mit einem Bildungsabschluss, der über die Grundbildung hinausgeht, deutlich geringer als in den übrigen EU-Ländern. Dagegen ist in den neuen Mitgliedstaaten und in Ostdeutschland dieser Anteil sehr viel höher (rund 80% und mehr gegenüber einem EU-Durchschnitt von 64%). Allerdings entsprechen die in den neuen Mitgliedstaaten erworbenen Kenntnisse und formalen Qualifikationen nicht unbedingt den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Insbesondere scheinen Lehrpläne und Bildungsstrukturen nicht gut an die Anforderungen der modernen Wirtschaft angepasst zu sein. Dies spiegelt sich auch in der sehr hohen

Jugendarbeitslosigkeit wider. So ist in Polen fast jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos.

Verschiedene Indikatoren deuten daraufhin, dass eine breite Kluft in der Innovationskraft innerhalb der Union besteht. Rund die Hälfte aller FuE-Ausgaben konzentriert sich in nur 31 (von 213) Regionen der EU 15. Während die Unternehmen in Deutschland durchschnittlich 1,7%, in Finnland und Schweden deutlich über 2% des BIP für FuE ausgaben, lag dieser Wert für Portugal und Griechenland bei weniger als 0,2 Prozent. Ähnliche Unterschiede bestehen zwischen den Beitrittsländern und dem EU-Durchschnitt sowie zwischen den Hauptstadtregionen und den übrigen Regionen innerhalb der neuen Mitgliedstaaten.

Die aktuelle Lage zeigt, dass die Länder und Regionen auf Unterstützung angewiesen sind, wenn es darum geht, die Strukturdefizite und wirtschaftlichen Disparitäten zu überwinden und ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Eine solche Unterstützung ist angesichts der Vergrößerung der Disparitäten im Zuge der Erweiterung sogar noch wichtiger geworden.

### **Die künftige Kohäsionspolitik**

Bereits im Jahr 2001 brachte die Kommission eine Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik in Gang. Im zweiten Kohäsionsbericht wurden erstmals die Herausforderungen analysiert, die durch die Erweiterung der Europäischen Union entstehen und es wurde die Diskussion über die Leitlinien der Kohäsionspolitik nach 2006 eingeleitet. In den beiden Zwischenberichten<sup>5</sup> von 2002 und 2003 wurden die Daten auf den neuesten Stand gebracht. Die Vorschläge der Kommission im dritten Kohäsionsbericht markieren das vorläufige Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses zwischen Europäischem Rat, Kommission, Europäischem Parlament, Mitgliedstaaten, Regionen, Sozialpartnern, Forschungseinrichtungen und interessierter Öffentlichkeit.

Die Kommission hat im Februar 2004 gleichzeitig einen Vorschlag für den Haushalt der auf 27 Mitgliedstaaten erweiterten Union für den Zeitraum 2007 bis 2013 angenommen. Dabei strebt die Kommission einen Ausbau der Kohäsionspolitik an. Ein Betrag in Höhe von 0,41% des Bruttonationaleinkommens der EU 27 wird für drei Prioritäten der Kohäsionspolitik bereitgestellt. Dies entspricht 336,3 Mrd. Euro für den gesamten Zeitraum.<sup>6</sup>

Die Kommission schlägt drei neue Prioritäten vor: Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie territoriale Zusammenarbeit. Einen Vergleich der Vorschläge mit den Strukturfondszielen und Finanzinstrumenten der aktuellen Förderperiode 2000-2006 vermittelt die Abbildung 1.

<sup>5</sup> Mitteilung der Kommission: Erster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Brüssel, den 30.1.2002, KOM (2002) 46 endg. Sowie Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Brüssel, den 30.1.2003, KOM (2003) 34 endg.

<sup>6</sup> Ohne Verwaltungsausgaben und Solidaritätsfonds.

Abbildung 1: Instrumente und Ziele im Vergleich

2000-2006		2007-2013	
Ziele	Finanzinstrument	Prioritäten	Finanzinstrument
Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen und Umweltschutz	Kohäsionsfonds	Konvergenz	Kohäsionsfonds, EFRE, ESF
<i>Ziel 1:</i> Entwicklung und strukturelle Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand	EFRE, ESF, EAGFL-Ausrichtung, FIAF		
<i>Ziel 2:</i> Wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen	EFRE, ESF	Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	EFRE ESF
<i>Ziel 3:</i> Anpassung und Modernisierung der Bildung-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme	ESF	– regionale Programme – nationale Programme	
Gemeinschaftsinitiative INTERREG	EFRE	Territoriale Zusammenarbeit	EFRE
Gemeinschaftsinitiative URBAN	EFRE	– geht in <i>Priorität 1 und 2 (regionale Programme)</i> ein	
Gemeinschaftsinitiative EQUAL	ESF	– geht in <i>Priorität 1 und 2 (nationale Programme)</i> ein	
Gemeinschaftsinitiative LEADER+ Ländliche Entwicklung und Umstrukturierung des Fischereisektors außerhalb von Ziel-1-Regionen	EAGFL-Ausrichtung EAGFL-Garantie, FIAF	– wird aus der Kohäsionspolitik herausgelöst, neue gemeinsame Instrument(e) in der <i>Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik</i>	
<b>9 Ziele</b>	<b>6 Instrumente</b>	<b>3 Prioritäten</b>	<b>3 Instrumente</b>

Quelle: Europäische Kommission, Dritter Kohäsionsbericht, eigene Darstellung.

1. *Konvergenz*: Hier geht es um die Unterstützung des Wachstums durch förderliche Rahmenbedingungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen. Langfristig soll eine reale Konvergenz eintreten. Dieses Ziel betrifft diejenigen Regionen, deren BIP pro Kopf weniger als 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts der EU 27 beträgt. Gleichzeitig wird eine befristete Übergangunterstützung für jene Regionen empfohlen, deren BIP pro Kopf unter der 75%-Schwelle des Durchschnitts der EU 15 liegt, die aber wegen des statistischen Effekts der Erweiterung aus der Förderung fallen würden („Phasing-out“-Regionen). Obwohl diese Regionen den Prozess der wirtschaftlichen Konvergenz noch nicht vollendet haben, würden sie ihren Förderfähigkeitsstatus nur deshalb verlieren, weil das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP in der erweiterten Union niedriger ist. Nach 2013 soll es jedoch strikt keine weiteren „Phasing-out“-Regelungen geben.

Schwerpunkte des EFRE sollen die Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, Investitionen in die Basisinfrastrukturen, Umweltschutz, der Ausbau der institutionellen Kapazitäten der nationalen und regionalen Verwaltungen bei der Durchführung der Strukturfonds- und Kohäsionsfondsinterventionen sein. Beim ESF stehen die Verbesserung der Qualität und Reaktionsfähigkeit der Einrichtungen des Arbeitsmarktes und der Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie die Anpassung der Qualifikationen und bessere Nutzung der Humanressourcen im Mittelpunkt. Die Erfahrungen und Inhalte der bisherigen Gemeinschaftsinitiative EQUAL sollen in diese neue Generation der Beschäftigungsprogramme aufgehen. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten, deren BIP weniger als 90% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt, aus dem Kohäsionsfonds gefördert, der weiterhin Projekte in den Bereichen Verkehr und Umwelt finanzieren wird. Für die erste Priorität stehen rund 78% der Finanzmittel (aus dem EFRE, ESF, Kohäsionsfonds) zur Verfügung.

2. *Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*: Durch regionale Programme soll der wirtschaftliche Wandel in den industriellen, städtischen und ländlichen Gebieten antizipiert und unterstützt werden, indem die regionale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird. Die regionalen Programme werden aus dem EFRE finanziert. Solche Programme sind in allen Regionen möglich, die nicht unter die Priorität „Konvergenz“ fallen. Dies betrifft auch diejenigen Regionen, die zwar derzeit noch unter Ziel 1 gefördert werden, aber (ohne vom statistischen Effekt der Erweiterung betroffen zu sein<sup>7</sup>) künftig nun über 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts liegen. Diese Regionen erhalten eine befristete höhere Unterstützung („Phasing-in“), die aber im Verlauf degressiv abnimmt. Durch nationale Programme sollen außerdem Maßnahmen in Übereinstimmung mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie gefördert werden, die auf die Erhöhung der Beschäftigung, Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, sowie soziale Eingliederung gerichtet sind. Einzige Finanzierungsquelle für diese nationalen Programme ist der ESF. Für diese Priorität stehen insgesamt 18% der Mittel (EFRE und ESF) bereit.

3. *Territoriale Zusammenarbeit*: Nach dem Vorbild und den Erfahrungen mit der Gemeinschaftsinitiative INTERREG schlägt die Kommission die Förderung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit durch den EFRE als dritte Priorität vor. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beabsichtigt die Kommission ein neues Rechtsinstrument in Form einer europäischen Kooperationsstruktur

<sup>7</sup> Diese Regionen gehören zu Priorität 1.

(„grenzübergreifende Regionalbehörde“) zu schaffen.<sup>8</sup> Für die Stärkung der Zusammenarbeit an den Außengrenzen wird vorgeschlagen, ein „neues Nachbarschaftsinstrument“ zu bilden, das beiderseits der Grenzen zum Einsatz kommt. Dies wäre gegenüber der bisherigen Förderung aus zwei verschiedenen Instrumenten an den EU-Außengrenzen ein echter Fortschritt. Auch die transnationale Partnerschaft im Rahmen der 13 Kooperationsgebiete soll nach Überprüfung der Eignung eines solchen großräumigen regionalen Zuschnitts fortgeführt werden. Schließlich sollen künftig Maßnahmen der interregionalen Zusammenarbeit in alle Regionalprogramme einbezogen werden. Dazu sollen in diesen Programmen bestimmte Ressourcen anteilig für den Erfahrungsaustausch, Kooperation und Bildung von Netzwerken mit anderen Regionen reserviert werden. Für diese Priorität stehen insgesamt rund 4% der Mittel (EFRE) zur Verfügung.

Innerhalb der beiden erst genannten Prioritäten soll der EFRE auf drei zentrale Themen konzentriert werden: Innovationen und wissensbasierte Wirtschaft, Zugänglichkeit und Leistungen der Daseinsvorsorge, Umwelt und Risikoprävention. Hierin spiegeln sich die Ziele von Lissabon und Göteborg wider.

Die bisherige Gemeinschaftsinitiative URBAN fördert die Entwicklung benachteiligter Stadtquartiere. Aufbauend auf die Stärken von URBAN sollen die Städtefragen in der EU stärker in den Vordergrund rücken. Die einschlägigen Maßnahmen sollen vollständig in die Regionalprogramme (Priorität 1 und 2) eingebunden werden. Es sollen damit mehr Städte in den Genuss einer solchen Förderung kommen.

Die Zahl der Fonds wird von sechs auf drei verringert (EFRE, ESF und Kohäsionsfonds). Die Förderung des ländlichen Raumes, der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors und der Forstwirtschaft, Agrarumweltmaßnahmen, Dorferneuerung, wirtschaftliche Diversifizierung im ländlichen Raum usw. durch den bisherigen EAGFL und das FIAF werden aus der Kohäsionspolitik herausgelöst. Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ soll in die Hauptprogramme integriert werden.

Hinsichtlich des Umsetzungsverfahrens sind noch keine genauen Aussagen darüber möglich, inwieweit die Verfahren verändert werden. Die Grundprinzipien der Strukturfondsförderung – Programmplanung, Partnerschaft, Kofinanzierung und Bewertung – sollen jedoch beibehalten werden. Es wird nur noch Programme unter Einsatz von nur einem Fonds geben, dessen Einsatzbereich auf die Förderung von Human- bzw. Sachkapital entsprechend ausgedehnt wird. Bei der Programmplanung soll ein stärker strategischer Ansatz zugrunde gelegt werden, indem jeder Mitgliedstaat zuerst ein Politikpapier über seine Entwicklungsstrategie erstellt. Auf dieser Grundlage werden die nationalen und regionalen Programme nur auf aggregierter Ebene der obersten Förderschwerpunkte und wichtigsten Maßnahmen verabschiedet. Die derzeitige „Ergänzung zur Programmplanung“ mit detailreichen Festlegungen auf Maßnahmenebene und damit verbundene Managementaufgaben sollen entfallen. Die Kommission wird im Sommer 2004 die Verordnungsentwürfe vorlegen, erst diese erlauben eine Bewertung, ob eine Vereinfachung eintritt und die Effizienz der Verwaltungsverfahren und strategische Ausrichtung verbessert wird.

---

<sup>8</sup> Die genaue Ausgestaltung bleibt aber bisher unklar.